

07.10.2019

## Mündliche Anfrage

für die 68. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen  
am 9. Oktober 2019

### Geschäftsbereich des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

52\* Abgeordneter  
Christian Dahm SPD

Ministerin Ina Scharrenbach hat bis in die jüngste Vergangenheit stets abgestritten, dass die Räumung des Hambacher Forstes im Zusammenhang mit der Rodungsabsicht von RWE stand. Nun hat Minister Reul eingeräumt, dass er und sein Ministerium mit RWE mehrere Gespräche im Vorfeld der Gutachtenvergabe geführt haben. Außerdem wurde nun öffentlich bekannt, dass die Besondere Aufbauorganisation der Polizei, die mit der Räumung des Waldes betraut wurde, den Namen „Rodung“ trug. Des Weiteren war in der Auftragserteilung an die Kanzlei Baumeister als Ziel benannt worden, einen Weg aufzuzeichnen, wie mit Unterstützung der Polizei rechtzeitig vor Rodungsbeginn die Räumung durchgesetzt werden kann.

**Stand die Räumung des Hambacher Forsts in Zusammenhang mit der Rodungsabsicht von RWE?**

**Wie ist die Landesregierung mit dem Antrag auf Räumung zum Zwecke der planmäßigen Fortsetzung des genehmigten Braunkohletagebaus Hambach von RWE vom 2. Juli 2018 umgegangen?**

\* Fragen 52 und 53 aus der Fragestunde vom 18. September 2019

Datum des Originals: 07.10.2019/Ausgegeben: 07.10.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern**

53\* Abgeordneter  
Sven Wolf SPD

Minister Herbert Reul hat bis in die jüngste Vergangenheit stets abgestritten, dass die Räumung des Hambacher Forstes im Zusammenhang mit der Rodungsabsicht von RWE stand. Nun hat Minister Reul eingeräumt, dass er und sein Ministerium mit RWE mehrere Gespräche im Vorfeld der Gutachtenvergabe geführt haben. Außerdem wurde nun öffentlich bekannt, dass die Besondere Aufbauorganisation der Polizei, die mit der Räumung des Waldes betraut wurde, den Namen „Rodung“ trug. Des Weiteren war in der Auftragserteilung an die Kanzlei Baumeister als Ziel benannt worden, einen Weg aufzuzeichnen, wie mit Unterstützung der Polizei rechtzeitig vor Rodungsbeginn die Räumung durchgesetzt werden kann.

**Stand die Räumung des Hambacher Forsts in Zusammenhang mit der Rodungsabsicht von RWE?**

**Wie ist die Landesregierung mit dem Antrag auf Räumung zum Zwecke der planmäßigen Fortsetzung des genehmigten Braunkohletagebaus Hambach von RWE vom 2. Juli 2018 umgegangen?**

**Geschäftsbereich des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration**

54 Abgeordnete  
Berivan Aymaz GRÜNE

**Wann endlich stellt die Landesregierung den Kommunen eine auskömmliche Flüchtlingsfinanzierung zur Verfügung?**

Ende 2019 läuft die sogenannte Integrationspauschale aus, die den Ländern von Seiten des Bundes zur finanziellen Unterstützung von Integrationsmaßnahmen gewährt wurde. Für NRW bedeutete dies bis einschließlich 2019 Mittelzuweisungen in Höhe von 432 Mio. Euro, die im Jahr 2019 vollständig an die Kommunen weitergeleitet wurden. Die dem Land stattdessen zur Verfügung gestellten Bundesmittel in Höhe von 151 Mio. Euro leitet die Landesre-

gierung nunmehr nicht an die Kommunen weiter, wie aus dem Entwurf des Haushaltsplans für 2020 hervorgeht.

Gleichzeitig kritisieren die Kommunen, dass ihnen die Landesregierung bisher und auch in absehbarer Zeit nicht die versprochenen Mittel zur Verfügung stellt, um eine auskömmliche Finanzierung für die Unterbringung und Versorgung Asylsuchender und Geduldeter in den Kommunen zu gewährleisten.

Seit einem Jahr liegt der Landesregierung ein entsprechendes Gutachten zur „Evaluierung der Kostenpauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz Nordrhein-Westfalen (FlüAG NRW) auf Grundlage eines Pauschalersatzsystems“ vor, das belegt, dass die bisherige Finanzierung die tatsächlichen Kosten nicht deckt und die Kommunen allein in 2019 und 2018 mit ca. 300 Mio. Euro in Vorleistung gegangen sind.

Ihren zunehmenden Unmut und ihre Empörung über die völlig unzureichende Kostenerstattung des Landes machten die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände in den letzten Wochen im Rahmen einer Landtagsanhörung und zuletzt durch eine Pressekonferenz von Sozialdezernenten in einer Pressekonferenz am 25.9. deutlich.

**Wann stellt die Landesregierung den Kommunen endlich eine auskömmliche Flüchtlingsfinanzierung zur Verfügung?**

**Warum leitet die Landesregierung die Integrationsmittel des Bundes von 151 Millionen Euro nicht an die Kommunen weiter?**

**Geschäftsbereich des Innenministeriums NRW**

55 Abgeordneter  
Hartmut Ganzke SPD

Nach Berichten des WDR soll zum einen der Drogenhandel im Umfeld von nordrhein-westfälischen Hauptbahnhöfen in diesem Jahr massiv zugenommen haben. Zum anderen soll Nordrhein-Westfalen zum Transitland Nummer 1 für Drogen aus den Niederlanden geworden sein.

**Wie reagiert die Landesregierung auf diese Entwicklungen?**

**Wie will die Landesregierung sich mit den europäischen Nachbarländern, dem Bund und den anderen Ländern und an dieser Stelle koordinieren, um dieser Entwicklung zu begegnen?**